

Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Maqazin von G. Fried (vormals G. Kuffermann), Sprechstunden: 9—11 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 15 Rub. für 2 Monate. Anzeigen: die 3-mal gepaltene Kleinzeile auf der ersten Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—10 Kop.

Nr. 26.

Tiflis, den 3. April 1919.

11. Jahrgang.

Sonntag, den 6. April, um 3 Uhr nachmittags, findet in der Deutschen Schule zu Tiflis eine

Versammlung der Ortsgruppe statt.

Tagesordnung: 1. Wahl 2 Delegierten zur außerordentlichen Delegiertenversammlung; 2. laufende Fragen. Stimmrecht sind alle Deutschen beiderlei Geschlechts. Um rege Beteiligung bittet der Vorstand des Ortskomitee's Tiflis.

Doktor Hamm

ehml. Arzt am deutschen Krankenhaus in Tiflis
empfangt Kranke tgl. von 11—2 und 4—6.
Adresse: Тифл. Вейсволянская ул. 57 (в. Мей-
никовск. ул.). Тел. 17-34. 10—3

Angehörigen der österr.-ungar. Armee wird von den Englischen freier Transport nach Oesterreich zugesichert. Interessenten wollen sich melden bei Feldkurat Szallay, Tiflis, Alexanderstr. 67.

Einen echten, guten deutschen Tropfen
Naturwein kann man zu jeder Zeit in
der Weinhandlung
„Katharinenfeld“
bekommen.

Reutloffstrasse 13, Haus O. Larché. 10—7

Bekanntmachung.

Allen deutschen Wählern in den Kolonien Georgiens diene zur Nachricht, daß ich seit dem Zutritt der Gründungsverammlung, mit Ausnahme einiger Tage, die ich in Familienangelegenheiten zu Hause war, in Tiflis bin. Selbstverständlich möchte ich, als einwilligen Vertreter der deutschen Interessen (Herr Bernheim ist noch nicht zurückgekehrt), in enger Fühlung mit den Kolonien bleiben. Aller Art Wünsche, Vorschläge und Anträge, welche die Kolonien auf den verschiedensten Gebieten (Kirche, Schule, Landbesitz usw.) haben sollten oder zu machen hätten und die sie gerne bei den Beratungen in der Gründungsverammlung und in den verschiedenen Kommissionen berührt haben möchten, können unter Hinzufügung des erforderlichen Beweismaterials und seltener Ausgaben unmittelbar an mich oder durch den Nationalrat eingekandt werden. Auch bin ich zu persönlicher Aussprache jederzeit bereit und erteile nach Möglichkeit Auskunft in der Wohnung der Familie Tischardt, Rabatten-Gasse (Кавказский переулок) № 3 (vom Kolonien-Vorposten aus zwischen dem Kronsteiger und der Rabatten-Schule hinunterzugehen bis zur 2. Längsstraße, rechts hinaus № 3).

Tiflis, P. B. u. l.
d. 28. März 1919.

Von der Friedenskonferenz.

Wilson hatte vorgeschlagen, die Idee des Weltfriedens in der Weise zu verwirklichen, daß zwei Konferenzen, eine kleine und eine große, sich in die nötige Arbeit teilten. Die kleine Konferenz sollte den Krieg liquidieren, die große — die Grundlagen für die zukünftigen zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmen. Hiervon ausgehend, hatte er in seinem Plane vorgezogen, daß auf erhaltener nur die Staaten vertreten sein würden, die miteinander Krieg geführt, auf

der anderen auch die neutralen und die neuentstandenen Staaten. Das Wilson'sche Projekt der Arbeitsteilung begegnete aber auf den Beratungen der Verbündeten in London und Versailles, die der Eröffnung der Friedenskonferenz vorausgingen, lebhaftem Widerpruch. Man einigte sich schließlich dahin, alle zu lösenden Fragen unter einzelne Kommissionen zu verteilen und — nach Maßgabe der Beurteilung ihrer Beschlüsse auf den Plenar (allgemeinen) Sitzungen der 2 (also nur einer!) Konferenz — zu diesen auch Vertreter anderer an den einzelnen der Beratung unterliegenden Fragen namentlich interessierten Staaten hinzuzuziehen. Gleichzeitig wurden Sonderkonferenzen, und zwar zunächst eine süd-amerikanische und eine kaukasische, ins Auge gefaßt, die, weil mehr lokale Interessen-gegenläse zu behandeln berufen, in möglicher Nähe der an ihnen beteiligten Länder tagen sollten (die kaukasische Konferenz wurde hernach zu einer Konferenz für Regelung der Angelegenheiten sämtlicher Oststaaten, einschließlich Rußlands und aller aus einzelnen seiner Bestandteile gebildeten selbständigen Staaten, umgebildet und sollte bekanntlich auf den Prinzeninseln bei Konstantinopel zusammentreten, was aber bis dahin nicht geschehen ist).

Die der Pariser Konferenz zur Beratung und Entscheidung vorzuliegenden Fragen wurden in fünf Gruppen geteilt und auf fünf Kommissionen verteilt, in denen die fünf Großmächte: Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan — allein vertreten waren. In einzelne der Kommissionen wurden allerdings auch Vertreter einiger anderer Staaten eingeführt, doch war diese Beteiligung eine äußerst beschränkte. Wir haben diese fünf Kommissionen seinerzeit schon genannt (s. Nr. 9 der „K. P.“ vom 2. Februar), tun es aber um der Vollständigkeit willen hier nochmals: 1.) Weltverbund; 2.) Verantwortlichkeit für den Krieg; 3.) Restaurierung (Wiederherstellung der zerstörten Gebiete); 4.) Internationale Arbeiter-Gesetzgebung und 5.) Verwaltung von Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen. Zwei dieser Kommissionen — Verantwortlichkeit für den Krieg (2.) und Restaurierung (3.) — beschäftigten sich unmittelbar mit der Liquidation des Krieges; zwei — Weltverbund und Internationale Arbeiter-Gesetzgebung — waren damit beschäftigt, — neue Formen und Grundlagen für das zukünftige gegenseitige Verhältnis der Staaten in aller Welt auszufindeln. Die fünfte — hatte Beziehungen zu beiden Gruppen von Fragen.

Es war von vornherein klar, daß bei der ungeheuren Menge von Fragen und ihrer Komplexität und bei dem Widerstreit der realen Interessen selbst nur der genannten fünf Großmächte unter einander, eine schleunige und dabei allgemein-berührende Lösung derselben kaum zu erwarten war. Skeptiker (Zweifler) sprachen schon damals, als die Kommissionen eben erst ihre Tätigkeit eröffneten, die Befürchtung aus, daß die ganze Arbeit der Friedenskonferenz ins Wasser fallen werde. Sie führten dabei folgende Erwägungen ins Feld: „Wenn hinsichtlich der ersten Gruppe von Fragen nur die geringste Abweichung von den Normen der Gerechtigkeit zugunsten einer vorübergehenden Berichtigung der verschärften Gefühle der Rache und des Eigenmutes zugelassen werden sollte, so wird sich ein günstiger Boden für den Neubau kaum ergeben, sondern es werden sich zwei Lager bilden — das der Sieger und das der Besiegten —, zwischen denen der Kampf förmlich nicht wahrnehmbar sein wird, der aber mit der früheren Erbitterung wieder ausbrechen muß, sobald nur die heute unvermeidlich Besiegten sich erhebt und neue Kräfte erworben haben

werden. Wenn hinsichtlich der zweiten Gruppe von Fragen Kompromisse geschäft werden, die von Grund aus die Prinzipien verletzen, welche aller Welt verhandelt und von aller Welt gutgeheißen und angenommen worden sind, und wenn namentlich auf dem Gebiete der Arbeiter-Gesetzgebung, d. h. auf dem Gebiete der sozialen Reformen, nur solche Zugeständnisse gemacht werden sollten, die längst veraltet sind und durchaus nicht mehr den gegenwärtigen Forderungen und dem wirklichen Verhältnis der sozialen Kräfte und der Lebensbedingungen zueinander entsprechen, so wäre jede auch noch so allgemein gefaßte, selbst die höchste Idee des Weltverbundes ohne weiteres und für ewige Zeiten als abgetan zu betrachten; sie würde niemals zu verwirklicht sein und genau so Schicksal leiden, wie die Saager Friedenskonferenz. Und zu nichts mehr wären alle die Maßregeln sein, die augenblicklich schon ergriffen werden, d. h. alle die Vorbehalte und Einschränkungen, die sich auf diese Frage beziehen und von den Verbandsmächten gemacht werden, wie z. B. daß die sieghaftesten Mächte den eigentlichen, in sich geschlossenen, inneren Kern, den wesentlichen Bestandteil des Weltverbundes bilden sollen, um den sich dann die anderen freien Staaten gruppieren würden, wobei aber von diesen nur solche Berücksichtigung finden sollen, denen man vertrauen könne. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß derartige Klauseln dem „in sich geschlossenen, inneren Kern“ des Weltverbundes die Möglichkeit gewähren würden, mit diesem nach Belieben umzufahren, und daß aus ihnen zugleich folgt, wie wenig die sieghaftesten Mächte geneigt sind, ihre herrschende Stellung aufzugeben. Eine Verletzung dieser Schlussfolgerung ist in den Worten Wilsons enthalten, daß das frühere Prinzip des politischen Gleichgewichts in den zwischenstaatlichen Beziehungen jetzt durch das Prinzip der Herrschaft einer Gruppe von Völkern ersetzt werden müsse. Letzteres Prinzip kann jedoch nur vorübergehend verwirklicht werden, denn jede neue Gruppierung von Völkern oder Staaten, die ein Gleichgewicht gegen die herrschende Gruppe zu schaffen vermöchte, müßte unfehlbar das System des politischen Gleichgewichts und des Kampfes von neuem auflösen machen. Und daher leuchtet es ohne weiteres ein, daß man aus diesem Jauerkreuz nur auf die eine Weise herauskommen könnte, indem man so oder anders eine Gemeinsamkeit der Interessen aufstellte, d. h. das Zusammenleben der Menschen nach den Grundgesetzen der Gerechtigkeit und der Gleichheit, nicht aber nach dem Machtverhältnis ordnete. Hierbei treten aber in den Vordergrund: die Fragen der sozialen Umgestaltung der Kulturwelt, wirtschaftliche und Klassenfragen, und offenbar hängt alles davon ab, ob sich miteinander zu verhandigen wissen werden nicht die einen oder die anderen Staaten, Völker oder Nationen, sondern — und überall in gleichem Maße — der dritte und der vierte Stand.“

Je länger die fünf Kommissionen arbeiten, wobei manche Umgruppierung der zu behandelnden Fragen vorgenommen werden mußte, desto deutlicher zeigte es sich, daß die Vertreter der fünf den Grundstock der Friedenskonferenz bildenden Großmächte sich die Befugnisse eines obersten Welttribunals zueigneten und vermeinten, die Geschicke der ganzen Welt nach Belieben richten zu können. Und was über die Arbeiten der einzelnen Kommissionen an die Öffentlichkeit gebracht wurde — in freilich spärlichen, aber keineswegs systematisch geordneten Berichten der Entente-Presse —, machte den Eindruck, als

ginge alles glatt vorstatten und könnte nun die eigentliche Friedenskonferenz (in Wienarhungen) zu tagen beginnen — wenn nicht heute, so morgen. Gewisse Unstimmigkeiten waren wohl auch bemerkt worden. Man erriet, daß zwischen Clemenceau's Chauvinismus*) und Wilson's Idealismus, der Auffassung der Notwendigkeit eines unbedingt gerechten Ausgleichs zwischen den Interessen aller Völker (nicht Staaten!) der Welt, die Kluft mit jedem Tage sich weitete. Man konnte unlängst nicht umhin festzustellen, daß wenn Lloyd George, der wichtige Vertreter Englands, plötzlich das Verlangen hatte, nach London zurückzukehren, ungeachtet dessen, daß die Grundzüge des Friedensvertrages — mit Deutschland und seinen ehemaligen Bundesgenossen — gerade auf der Tagesordnung der Friedenskonferenz standen, und wenn Clemenceau, Wilson und Orlando es für nötig erachteten, ihn in einem besonderen offiziellen Schreiben in der gefälligsten Form und in dringlicher Weise um sein weiteres Verbleiben in Paris, sei es auch nur noch für 14 Tage, zu ersuchen, — daß da in den Beziehungen dieser Männer zu Lloyd George — und umgekehrt — etwas besonderes vorgefallen sein mußte, was dieselben so nachdrücklich gestört hatte. Man sah auch mit Besorgnis, wie die Knebelung Deutschlands immer groteskere Gestalt gewann, und sagte sich, daß unter solchen Umständen von einem wahren (weil gerechten) Frieden nicht die Rede sein könne, wenigstens nicht soweit es dieses Land betraf. Man sah schließlich die Verlegenheit der Friedenskonferenz gegenüber Rußland, mit dem erstere, vulgär gesprochen, nicht recht wußten, was anzufangen, während seine Teilnahme so oder anders an dem Friedenskongreß doch unerlässlich schien, da ohne Rußland, wie Lloyd George in einer seiner jüngsten Reden betonte, der Weltfriede nicht denkbar sei. Man hatte aber trotzdem das Gefühl, daß die Friedenskonferenz über all diese Hindernisse hinweg ihr Ziel erreichen werde.

Da, mit einem Male brachte der Telegraph aus Paris die überraschende Nachricht, daß in den Verhandlungen der Friedenskonferenz eine ernste Krise eingetreten sei und man besuchteren müsse, sie könnte — scheitern.

Englische Meldungen lauten dahin, daß „nach dem Verlauf der Arbeiten auf der Friedenskonferenz zu urteilen, nicht nur eine Verzögerung in dem Abschluß des Friedensvertrages zu befürchten sei, sondern weit mehr ein Abbruch der Verhandlungen, infolge Meinungsverschiedenheiten, die eine Spaltung hervorgerufen haben, die zu einem vollen Zer-

*) In Frankreich die politische Richtung, welche nach Ausdehnung der Grenzen und dgl. strebt; nach Chauvin, einem alten Soldaten und begeisterten Bewunderer Napoleons I in Scribes „Soldat labourer“ benannt.

wirknis führen könne“. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Lloyd George zur Erholung auf's Land gefahren sei und deshalb die Beratungen der für das erfolgreiche Wirken der Friedenskonferenz ausschlaggebenden Persönlichkeiten nicht haben fortgesetzt werden können. Ferner wird berichtet, daß das Gerücht verbreitet sei, Italien wolle sich von der Konferenz absondern und einen Separatfrieden schließen.

Obgleich genauere Angaben über die wesentlichen Punkte, in denen die Verbündeten auseinandergehen, noch nicht gemeldet sind, so liegen sie, nach dem Darfhalten der titl. Tagespresse („Rauv. Sflowo“ u. a.), doch klar auf der Hand. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie überhaupt die transatlantischen Teilnehmer der Konferenz, gingen auch schon früher in vielen Kardinalfragen, die durch den Krieg und den abguschließenden Frieden auf's Tapet gebracht worden sind, mit ihren Bundesgenossen bzw. Gefinnungsgenossen auseinander. Dierher gehören: die Formulierung der Sagen des Völkerbundes und deren Aufnahme in den Friedensvertrag, das Verhältnis zu Deutschland, das Verhältnis zu Rußland und die Kolonialfrage. In dieser Hinsicht bestehen namentlich große Differenzen zwischen Amerika und Frankreich, wobei England eine mittlere Position einnimmt. Es genügt der Hinweis auf die bestehende Meinungsverschiedenheit zwischen Wilson und dem französischen Minister des Auswärtigen Pichon betref's Aufnahme der Sagen des Völkerbundes in den Friedensvertrag, ehe noch letzterer von Deutschland angenommen wäre; ferner der Hinweis auf die Meinungsverschiedenheiten betref's Entwaffnung und Abgabe Deutschlands, auf den Streit über das Schicksal der deutschen Kolonien usw. Amerika, das kein unmittelbares Interesse an den europäischen Händeln hat und keine Beeinträchtigung seiner Rechte noch Angriffe auf sein Territorium zu befürchten braucht, auch der Beteiligung an den europäischen Auseinandersetzungen läide geworden ist, strebt leblich nach einem gerechten Ausgleich zwischen den streitenden Parteien, ganz unabhängig von deren früheren Sünden und Fehlern und der vorausfichlichen Besäße etwaiger neuer Veräbdtigungen untereinander. Dagegen suchen die Länder der Alten Welt, insbesondere Frankreich, nach all' den Kränkungen und Schädigungen, die sie während des Krieges erfahren haben, und aus Furcht vor erneuter Verdrückung durch einen mächtigeren Gegner, wie vor dem Kriege gesehen, naturgemäß nach moralischer* und materieller Genugtuung, nach größerer Sicherheit im Fall irgend welchen Angriffs auf ihren inneren Frieden und ihre äußere Ruhe und nach einer solchen Verdrückung der Grenzen und Verteilung der Territorien, daß dadurch der Friede — nicht nur in Europa, sondern zu-

gleich in Asien und Afrika, — außer daß es auf der idealen Basis des futurellen Fortschritts der Menschheit begründet wäre, auch eine materielle Grundlage in dem politischen-ökonomischen Gleichgewicht der Staaten und in der Nachbarschlichkeit der nationalen Verteidigungsmittel bestäße, die hinreichend würden, um jedem feindlichen Angriff von außen selbständig begegnen zu können. In diesem Auseinandergehen in der Auffassung von der Lösung dieser soeben gekennzeichneten Hauptfragen der Gegenwart ist auch die Ursache der Meinungsverschiedenheiten zwischen Wilson, Clemenceau, Pichon und Lloyd George, desgleichen die Ursache der Separatbestrebungen Italiens und der Erwidierungen und Forderungen Frankreichs, Australiens und Japans zu suchen.

Alle diese Meinungsverschiedenheiten ließen sich aber noch bei einigen guten Willen und fernerem redlichen Bemühen um den Weltfrieden überbrücken. Weit schlimmer sei die Gefahr, meint die „Rauv. Sflowo“, die der Friedenskonferenz von seiten des gemeinschaftlichen Feindes der bestehenden Rechtsordnung drohe, welcher von den unendlichen Ebenen des Himmels aufgedrungen sei und eben bereits einen neuen Sieg in den Niederungen der mittleren Donau errungen habe. Es bliebe nur zu hoffen, daß wenn im Jahre 1814 das Erbscheitern des Verbannten von der Insel Elba die unverantwortlichen getränten Teilnehmer des Wiener Kongresses, die nicht annähernd so befehl waren von edlen Bestrebungen, wie die Mitglieder der Pariser Konferenz, veranlassen konnte, sich miteinander zu veröhnen, letztere angelichts des weit schredlicheren Feindes, als Napoleon I. es war, Mittel und Wege zum Vergleich auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse finden werden, sei es auch nur aus Furcht vor den viel gefährlicheren Erschütterungen, die Europa bevorstehen, falls jener Feind seinen Siegeszug fortsetzt, als es die waren, welche der Krieg Rußlands unter Alexander I und Preußens unter Wilhelm III gegen Österreich, England und Frankreich im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts verurteilt hat.

Indem wir hiermit vorstehende Betrachtung schließen, möchten wir die Leser der „Rauv. Post“, um Wiederholung zu vermeiden, nur noch gebeten haben, sich in das Gedächtnis zurückzurufen, was wir seit Beginn der Friedenskonferenz über die schroffe Haltung dieser gegenüber Deutschland und seinen ehemaligen Bundesgenossen mitgeteilt haben, unter denen sich bekanntlich auch Ungarn befand, das heute aus Verzweiflung dem Bolschewismus bereits Tür und Tor geöffnet hat. Sollte nun wirklich zur Tat werden, worfür die deutsche Presse, wie es heißt, so lebhaft plaidiert: der Zusammenschluß des bis auf's äußerste gereizten deutschen Volkes, das den Tod auf dem

Feuilleton.

Die Urheimat der Indogermanen.

Von Paul Conrad.

VI.

Dieser nordische und Reihengraberotypus der Langköpfigkeit und des blonden Aussehens macht noch jetzt in manden Gegenden Norddeutschlands und in Skandinavien die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung aus. Am reinsten hat sich aber dieser nordische Typus in Skandinavien erhalten. So ergaben die Untersuchungen, die G. Næsius an 45 000 schwedischen Wehrpflichtigen im Alter von 21 Jahren anstellte, folgendes Ergebnis: Nach der Kopfbildung gehörte 87 pSt. aller Untersuchten zu den Langköpfen (Zwerg unter 80) und nur 13 pSt. zu den Rundköpfen (Zwerg 80 und darüber), mit dem Langkopf waren meist lichte Haare und helle Augen verbunden. Nach Næsius zieht sich ein großer und breiter Örtel ausgedragerter Langköpfigkeit durch Schwedens Mittel, nach Norden (Einfluß der Lappen) wie nach Süden zu, folge des gesteigerten Seeverkehrs) abnehmend. Im allgemeinen zeigt der langköpfige Örtel auch die hellsten Farben, dort ist also die schon von Tacitus beschriebene Rasse am reinsten erhalten. Von der schwedischen Bevölkerung sind 75 Prozent lichthaarig und 67 Prozent blauäugig, während schwarze Haare (nicht 1 Prozent) und rein braune Augen (4,5 Prozent) nur sehr selten vorkommen.*)

Ein weniger einheitlichen Typus weist die Bevölkerung Norwegens auf. In den südlichen und westlichen Küstengegenden erreicht die Rundköpfigkeit einen sehr hohen Prozentsatz, im Osten und in der Mitte des Landes leben wieder fast ausschließlich Langköpfe. Jedensfalls ist aber auch in Norwegen die Langköpfigkeit vorherrschend. Hier herrschen auch die hellen Farben und hohe Gehalt vor.

Je weiter wir uns von der skandinavischen Halbinsel, diesem Ausstrahlungszentrum der blonden langköpfigen Rasse entfernen, desto mehr nimmt das dunkle Äußere und die Rundköpfigkeit zu. Entfernern wir uns von diesem Zentrum der Langköpfigkeit, so treten neben dolichotephalen Schädeln immer häufiger brachyotepale auf; ganz allmählich gewinnt die Kurzköpfigkeit das Übergewicht und der mittlere Zwerg steigt über 80, die konventionelle Grenze zwischen den beiden Hauptgruppen der Schädelformen. Es handelt sich hierbei, das sei ausdrücklich hervorgehoben, nicht um ein stetiges Breiterwerden aller Schädel, sondern es treten die länglichen Formen immer mehr gegenüber den breiten zurück, oder aber vollständig zu verschwinden. Auch inmitten der brachyotephalen Bevölkerungen finden sich meist noch Langköpfe, wenn auch in geringer Zahl. Eine Ausnahme von der Regel bezüglich der Abnahme der Langköpfigkeit von Skandinavien aus macht nur Großbritannien und Irland, wo die Rundköpfigkeit nur unwesentlich vertreten ist; die auch hier zahlreich auftretenden dunklen Rassenleiste gehören fast ausschließlich der mitteländischen Rassengruppe an.**)

Wir dürfen also den Beweis als erbracht betrachten, daß die heutige germanische Bevölkerung der skandinavischen Halbinsel in ununterbrochenem Zusammenhang auf die feinsten Bewohner Skandinaviens zurückgeht, und daß demnach Skandinavien das Land ist, in welchem sich die Germanen zu einer Sonderstufe entwickelt haben.

Außer diesen naturwissenschaftlichen können aber auch historische Beweise für die skandinavische Heimat der Germanen erbracht werden. R. Wilfer, der es zuerst unternommen hat, auf Grund geschichtlicher Untersuchungen das Ursprungsland der Germanen zu bestimmen, äußert sich hierüber folgendermaßen: „Außer den naturwissenschaftlichen lassen sich aber noch manche andere Beweise, von denen wir zunächst die geschichtlichen prüfen wollen, für unsere norduropäische Urheimat beibringen. Daß die Erinnerung an diese bei solchen Völkern, die sie erst vor kurzen verlassen hatten, am lebendigsten sein mußte, ist einleuchtend. Als letzte der großen arischen Völkerbewegungen fallen in geschichtliche Zeit die gallische und die germanische „Völkerwanderung“. Die Richtung der erikeren ist genau die umgekehrte, als sie bei östlichem Ursprung sein müßte, nämlich von Nord nach Süd, von West nach Ost. Überlieferung und Wanderfrage aller germanischen Stämme, deren Ausbreitung strahlenförmig von Nordurupa aus erfolgte, führt übereinstimmend entweder nach Skandia, Skandinavien selbst oder doch in die nächste Nachbarschaft. Allein von der Auswanderung der Longobarden aus Skandinavien berichten ungefähr 25 verschiedene Schriftsteller. — Daß einst alle Germanen von der mecumfänglungen Halbinsel ausgegangen sind, ist nach den geschichtlichen Zeugnissen zweifellos.“

*) Politisch-anthropologische Revue I, 9.

**) Krausfel. Politisch-anthropologische Revue I, 7.



Schlachtfelder dem ihm zugemuteten Selbstmorde vorzieht, wie Staatssekretär v. Drenburg sich geäußert haben soll (vgl. vorige Nummer: Leitartikel), mit dem bolschewistischen Ausland und dessen neuen Verbündeten, dem bolschewistischen Ungarn, — mit anderen Worten: sollte die sozialistisch-kommunistische Front, sich über ganz Europa ziehend, auch die Pariser Friedenskonferenz mitzubezwängen, so wäre der gewaltige Umsturz in Europa — und zum großen Teil wohl auch in Asien und Afrika — ein trauriges, aber unvermeidliches Verhängnis, das aber nicht Deutschland heraufbeschworen hat, sondern die, welche die Macht hatten, es durch weise Mäßigung und historischen Fernsicht, wenn auch nicht ganz zu verhindern, so doch für geraume Zeit noch hinauszuzögern, es aber zu tun unterließen. Was jene Skeptiker, deren Befürchtungen wir oben widerlegen haben, vorausgesetzt, wäre somit eingetroffen: dem politischen Kampfe folgt der Klassenkampf auf den Fersen, dessen Opfer größer sein werden, als die des ersten. Wo und wann die Friedenskonferenz tagen wird, die diesen Kampf der allendlichen Entscheidung entgegenzuführen wird, entsieht sich jeder menschlichen Beurteilung, — den Kampf des vierten Standes mit dem dritten!

Inland.

Die Regierung hat beauftragt, daß sie mit den hiesigen Vertretungen der Verbändnisse ein Abkommen getroffen habe, wonach in gewissen Zeitabständen größere Parteien die Wahl nach Georgien eingeführt werden sollen. 20 000 Wd habe sie bereits empfangen, und die nächste Partie werde in einigen Tagen folgen. Die „Vorjba“ erklart in diesem Abkommen einen neuen „Sieg der Demokratie Georgiens über die räuberische russische Reaktion“, die, verkörpert in der „Reinwilligen Armee“, und deren Führer Gen. Denikin, durch die Blockade von Poti beabsichtigte, Georgien auszubütern und zur Kapitulation zu zwingen. Die „Tifl. Gajeta“ dagegen kuercht mit verbohlerer Schadenfreude, es hatte nicht viel zu bedeuten, sollte das Entgegenkommen der Verbündeten auch teuer erkauft worden sein; dafür sei wenigstens das Land vor Anarchie bewahrt geblieben, der ständigen Begleiterin des Hungers usw. Wie dem aber auch sei, die Protzrisse in Tifl's wird gottlob! überwunden sein.

Der Streik der tifl. Stadtbeamten, von denen übrigens nur ein Teil in den Ausstand getreten ist, während die Angehörigen der wichtigsten Betriebe: Wasserleitung, elektrische Beleuchtung, Trambahn, Schlachthof, die georgianischen Elementarschulen u. a. — sich an dem Streik nicht beteiligen, hat im Lager der georgianischen Demokratie einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Sie mist dem Streik eine andere Bedeutung bei, als die er angekindigstermaßen haben soll. Ihrer Meinung nach handelt es sich im gegebenen Falle nicht so sehr um die rückständige Lösung, die die Stadt eben nicht auszahlen kann, als vielmehr um einen abermaligen Versuch der Gegenrevolution, die demokratische Regierung des Landes zu diskreditieren und die ersterer so verhasste Selbständigkeit Georgiens zu untergraben. Diese Auffassung ist namentlich auch von dem Tifliser Arbeiter-Rat in einer außerordentlichen Versammlung derselben vertreten worden. Die „Snamja Naroda“, das Organ der russisch-georgianischen Sozialrevolutionäre, vertritt den entgegengesetzten Standpunkt, der auch von der Baku'er Arbeiter-Konferenz (überwiegend aus russischen Elementen bestehend) geteilt wird, wie aus einem Begrüßungstelegramm der Konferenz an die Streikenden zu ersehen ist. Am meisten betroffen werden durch den Streik die städtischen Krankenhäuser, die die Aufnahme von neuen Patienten verweigern, worunter namentlich der ärmere Teil der Bevölkerung zu leiden hat. Das Stadtamt arbeitet normal. Ubriqens flaut der Streik ab, denn ein Teil der Streikenden (sie sind alle entlassen worden) hat um seine Wiedereinstellung in den Dienst nachgesucht, und werden die anderen ihrem Beispiel wohl bald folgen.

Ausland.

Die Nachrichten des letzten Tage aus Ozepea, namentlich die aus Deutschland, lassen an Klarheit so viel zu wünschen übrig, daß wir es vorziehen, sie heute nicht wiederzugeben, sondern erst ergänzende Mitteilungen

abzuwarten und sie dann zusammen mit letzteren in der nächsten Nummer zu besprechen.

Die Regierung der georgianischen Republik hatte in ihrer Note vom 8. März d. J. № 1664 der Regierung der armenischen Republik mitgeteilt, daß sie die Selbständigkeit dieser anerkenne. Nun hat die Regierung der armenischen Republik in ihrer Note vom 24. März № 824 der Regierung der georg. Republik mitgeteilt, daß sie die Selbständigkeit dieser gleichfalls anerkenne, wie sie dieselbe auch bisher anerkannt habe.

Die armenische (tifl.) Zeitung „Sjogowurd Dsain“ brachte dieser Tage die aufsehenerregende Nachricht (vgl. hierzu die Mitteilung über Armenisch-Karabagh in der vor. Nr. der „R. P.“), daß das engl. Kommando in Baku von dem arm. Nationalrat in Karabagh verlangt habe, die von ihm vertretene armenische (artil.) Bevölkerung solle die Souveränrechte Abjere beidjans auf das angezeigte Karabagh bedingungslos anerkennen, widrigenfalls es (das Kommando) in dem ablehnenden Verhalten der Armenier einen offensichtlichen Protest gegen das Kommando erblicken würde. Auf die Erwiderung des arm. Nationalrats, daß mit der Nichtanerkennung der vermeintlichen Rechte Abjerebeidjans auf den von den Armeniern beanspruchten (gebirgigen) Teil von Karabagh durchaus kein Front-machen-wollen gegen die Verbündeten beabsichtigt sei, erfolgte seitens des engl. Kommandos die zweitmalige Forderung, Vertreter nach Baku zu senden, um die Angelegenheit bezüglich Karabagh's eingehend besprechen zu können. Infolgedessen soll nur auch eine arm. Deputation aus Schuscha nach Baku abgereist sein. Inzwischen haben aber die Abjerebeidjani in Ghanlady (letzte Station vor Schuscha, von Jenach aus gehen) Vorbereitungen zum Feldzug gegen Schuscha getroffen, und hat es den Anschein, wie die „Tifl. Gajeta“, der wir diese letzte Mitteilung entnehmen; bemerkt, als befinde Karabagh sich am Vorabend „wichtiger Ereignisse“.

In Baku ist die Arbeiterchaft (der Naphthaindustrie) in den Ausstand getreten (wegen Vorenhaltung des Arbeitslohnes, angeblich durch die Schuld des brit. Kommandos). — Gleichzeitig freiten die Angehörigen der Stadtoverwaltung (ebenfalls wegen Nichtbezahlung der Löhning).

In Baku wurden am 25. März folgende Preise für Lebensmittel notiert: Weizen 9—12 Abl., je nach der Güte; Haumelisch 14—15 R.; weißes Brot 4,25—4,50; schwarzes Brot 2,75—3,25; Rische: Zander 3,5—4 R.; Semjuga 7 R.; 1 Bund Radischen 1 R.; Blumenkohl 1 Kopf 2—5 Abl.; Kohl 4 R.; Kartoffeln 2,75; Loh 2,50—4 R.; gutes Weiz 5—8 R.; 1 Kubn 60—70 R.; 1 Kavaun 400—450 R.; 1 Et 1,70 R.; Salz 1—2 R.; Mararonen R. 230 das Pud; Manna 280 R. das Pud; Perlgrauen 220 R.

Im Nord-Osten Russlands.

Eine unlängst vom Ural hier eingetroffene, durchaus zuverlässige Persönlichkeit hat, wie wir der tifl. „Vorjba“ entnehmen, über die Lage auf dem Ural, an der Wolga, in Baschkirien*) und in Sibirien nachstehende interessante Mitteilung gemacht:

Nachdem die allrussische Gründungsversammlung von den Bolschewiki auseinanderjagt worden war, hatte in Baschkirien eine Sonder-Gründungsversammlung stattgefunden, von welcher dieses Gebiet als „demokratische Republik“ erklärt wurde, mit dem Vorbehalt, daß es zu Russland gehören würde, sobald sich hier der erwartete Föderativstaat, die russische Föderativ-Republik, gebildet haben würde. Diese Versammlung wählte einen Ausschuß, die Regierung, der sie alle Gewalt übertrug. Sie trat sofort in Unterhandlung mit Lenin betreffs Anerkennung der Selbständigkeit Baschkirien und erhielt auch bald darauf von dem Rat der Volkskommisäre eine befriedigende Antwort, nämlich die, daß die „Sjowjet-Republik Baschkirien“ von ihm anerkannt sei. Aber die Regierung Baschkiriens fand bereits nach kurzer Zeit, daß die Politik Moskaus mit der eigenen Politik nicht übereinstimme. Dazu kam noch das

mit letzterer nicht in Einklang zu bringende Verhalten der örtlichen bolschewistischen Kommissare. Und so sah sich denn die Regierung Baschkiriens genötigt, nachdem sie der russischen Sjowjet-Regierung den Rücken gelehrt hatte, dem gegen-bolschewistischen Block beizutreten, welcher sich nach dem Aufftand der Tschcho-Slowaken formiert hätte. Im ganzen Osten Russlands waren nämlich Regierungen entstanden, deren Tätigkeit von dem Komitee der Mitglieder der Gründungsversammlung Russlands, das seinen Sitz in Samara hatte, vereinblicht wurde. Es waren das folgende (Gebiets) Regierungen: die Uralische in Jekaterinburg, die Sibirische in Omsk, die Dutow'sche (Drenburger Rosafen-Deer) in Drenburg, die der Ural-Rosaten in Uralst und die von Baschkirien in Ufa. Jedoch schon zu Anfang dieser vereinigt Tätigkeit der genannten Regierungen (im Kampfe gegen den Bolschewismus) machte sich in ihr eine Unstimmigkeit bemerkbar, die dadurch veranlaßt wurde, daß die Sibirische Regierung und die Dutow'sche Regierung verrieten, zur Reaktion abzuweichen, während die anderen Regierungen und gegen-bolschewistischen Organisationen bei ihrem früheren Programm blieben, d. h. auf dem Boden der durch die Revolution zur Geltung gelangten gemäßigten Demokratie. In militärischen Nachmitteln geschah es letzteren keineswegs, hatte ja Baschkirien allein schon 7 Regimenter gestellt. Auch an Ausrüstung war kein Mangel. Dazu kam, daß die Truppen dieser Regierungen sich anfänglich durchweg mit Erfolg schlugen. Es sei hierbei nur an die Einnahme Jekaterinburgs durch die Truppenteile Baschkiriens erinnert. Die Stadt war von den Bolschewiki besetzt worden und wurde von ihnen, bei numerischer Überzogenheit der Streitkräfte und weit besserer Ausrüstung, als sie das Baschkiren-Heer besaß, mit außerordentlicher Energie verteidigt. Trotzdem haben die Baschkiren hier gesiegt und die Bolschewiki aus der Stadt verdrängt. Aber die Sache der Verteidigung der allrussischen Gründungsversammlung, als der Trägerin des russischen Staatsgedankens, erlitt nichts-deswegen weniger Schiffbruch. Schuld waren an dem Mißlingen die dunklen Machenschaften, die Intrigen der reaktionär gesinnten Elemente. Das Oberkommando, bestehend aus Generalen des alten Regimes, begann damit, daß es eine Stadt nach der anderen vor dem angebliehen Anprall der Bolschewiki angab und mit offenbarem Vorbedacht und in systematischer Weise sämtliche Geschütze, die großkalibrigen nicht ausgenommen, weit hinter die Front abführen und die an letzterer stehenden Regimenter zurückziehen ließ, was zunächst den Fall Samaras und dann die weitere Besetzung des Wolgabeliets und des Urallandes seitens der Bolschewiki zur Folge hatte. Hernach, als schon beinahe das ganze Territorium des Einflusses der russ. Gründungsversammlung, d. h. des oben erwähnten Komitees, in die Hände der Bolschewiki gelangt war, fand der bekannte reaktionäre Umsturz in Omsk und die Ausrüstung des Komrats Koltsjak zum „Diktator des einzigen Russlands“ statt. Der erste Schritt dieser neuen Regierungsgewalt bestand in der vollen Annullierung der sog. bürgerlichen Freiheiten, in der Erklärung aller sozialistischen Parteien als außerhalb des Gesetzes stehend und in der Anwendung des grausamsten reaktionären Terrors: Erschießungen, Verhaftungen und Zwangsarbeiten. Es setzte auch sofort die nationale Verfolgung ein. Was insbesondere Baschkirien betrifft, so erklärte die neue Regierung die Regierung von Baschkirien für abgekehrt und die Selbständigkeit des Landes für beseitigt. Die Reaktion erzeugte bei der ganzen Demokratie des weiten Gebiets, wo die Lösung noch Geltung hatte: „Alles für die Gründungsversammlung!“, einen Umsturz zugunsten des Bolschewismus. Wie bekannt, fand eine Vereinbarung zwischen den Bolschewiki und dem Komitee der Mitglieder der Gründungsversammlung statt, und als die Persönlichkeit, der wir diese Mitteilung verdanken, die Reis' von Ural herbei antrat, gingen gerade auch Verhandlungen über eine Vereinbarung mit den Bolschewiki seitens der Regierung von Baschkirien vor sich (diese Vereinbarung ist, wie nach späteren telegraphischen Mitteilungen bekannt ist, tatsächlich erfolgt).

Die Lage in den in Rede stehenden Gebieten schildert der Berichterstatter (zum Zeitpunkt seiner Abreise, die etwa vor zwei Monaten erfolgte) also: Ost-Sibirien befindet sich unter der Botmäßigkeit Semenov's, denselben berichtigsten Räubers Semenov, welcher das System des massenhaften Prozesses gegen die örtliche Bevölkerung eingeführt hat. Er stützt sich auf eine Armee, die aus sibirischen Fremdrämmigen (Burjaten, Jakuten, Golden u. teils auch Chinesen

*) Das Land, wo die Baschkiren wohnen: zu beiden Seiten der Bselaja, eines Nebenflusses der Rama, im Gov. Ufa, teils im Kreise Burjansk im Drenburger Gouvernemente. Die Schriftleitung.

und Koreanern) besteht. Die Bevölkerung ist durch sie terrorisiert; nichtsdestoweniger finden unaufröckliche Aufstände statt. Häufig aber herrschen hier (von Wladivostok bis Jekutsk) die Japaner. Charakteristisch ist der Umstand, daß Semenov die Diktatur Kollschak's nicht anerkennt. — Von Jekutsk bis zum Ural dehnt sich die Herrschaft Kollschak's aus. Diese ist ausschließlich auf Nerejstien (Unterdrückung) begründet. Die Presse ist kritisch. Die demokratischen Organe der Selbstverwaltung sind auseinandergejagt. Die Arbeiter-Gesetzgebung ist vernichtet. Eingeführt ist der 12-stündige Arbeitstag. Auch in West-Sibirien gibt es unaufröcklichen Aufstand. Große Aufstände hat es in Omsk und Ken-Kololajewsk gegeben. Die Aufstände werden mit Hilfe der Offiziers-Bataillone unterdrückt, die in jeder größeren Stadt Sibiriens stationiert sind. — Weiter, im Lande der Drenburger Kosaken, ist die Lage derartig, daß ein bedeutender Teil der Kosakenhäufung, mit dem Ataman Kaschirin an der Spitze, zu den Bolschewiki abgezogen ist. Die oberen Schichten und die Offiziere des Kosakenheeres unterstützen Dutow. Unter dem nachbarsten demokratisch geimmten Teil der Kosaken macht sich aber durchweg die Neigung zum Bolschewismus bemerkbar. — Das Uraler Kosaken-Heer steht bis heute in seiner Mehrheit für die Idee der Gründungsverammlung. — Die Bauernschaft und die Arbeiter im Wolgagebiet und Urallande, welche früher eine Stütze des Komitès der Gründungsverammlungsgenossenschaft waren, sind nun, unter dem Einfluß der reaktionären Gefahr von jenseit Kollschak's, der Sowjet-Regierung zugefallen.

Den Bolschewismus unterstützen ferner, und das zwar nicht aus Furcht, sondern aus Überzeugung, die an der Wolga und im Ural lebhaften Stämme der Tschuwaschen, Tscheremissen, Mordwinen und Wostjaken. Aber eine echte Stütze des Bolschewismus bilden die Kasaner Tataren. Die aus solchen bestehenden Regimenter (die sog. „grüne Sowjet-Garde“) werden von den Bolschewiki selbst um vieles höher gestellt als die gewöhnlichen Regimenter der Roten Armee. Und in der Tat kämpfen die tatarischen bolschewistischen Regimenter vorzüglich. Bemerkenswert ist, daß in den Reihen der grünen mohammedanischen Sowjet-Garde auch Tatarinnen angetroffen sind. In den bolschewistischen Regimenten begegnet man vielfach auch Zelkisen. Ueberhaupt erkennen sich die Bolschewiki unter den Mohammedanern des Wolgagebiets eines zweifellosen Einflusses. So ist z. B. in der Aufseherischen Kirgisen-Garde die Sowjetgewalt aufgerichtet worden.

Die ökonomische Lage in ganz Ost-Rußland ist derartig: Die Ernte war gut. Brot, Fleisch und alle anderen Lebensmittel sind erheblich billiger als im mittleren Rußland und im Kaukasus (weißes Brot — 75 Kop., bis 1 Abl., schwarzes Brot — 50 bis 60 Kop.). Die Fabriken aber und die Bergwerke (im Ural) liegen größtenteils still.

Im Don-Gebiet.

Im Lande des Don'schen Kosaken-Heeres hat es vor einiger Zeit eine bedeutsame Krise gegeben. General Krasnow, der fernersert im Bunde mit dem nachmalig gestürzten Geiman der Ukraine Sforosadski befreundet war, mit Hilfe Deutschlands die Ordnung in Rußland wiederherzustellen, unter möglichster Wahrung der Selbständigkeit der Don'schen Neuwulst sowie der Unabhängigkeit der Ukraine, hat infolge der inzwischen eingetretenen, allgemeinen bekannten Veränderung der politischen Lage seinen Plan räumen und sich ins Privatleben zurückziehen müssen. Mit ihm ist ein großer Teil des Infanterie-Korps, dem der erzwungene Fortgang General Krasnow's als eine schreiende Ungerechtigkeits erdient, vom aktiven Dienst zurückgetreten. — An die Stelle Krasnow's ist Gen.-Leutnant A. F. Bogojewski getreten, der in seiner Erweiterung auf die Rede des Vorstehenden des „Großen Kosaken-Kreises“ (Крупный К.), d. h. der vertriebtlich zusammenstehenden Delegierten-Versammlung des Kosaken-Heeres, des ehemaligen Mitglieds der 4. russischen Duma (Parlament von der konstitutionell-demokratischen Partei, den sog. „Kadetten“), kategorisch erklärt hat, daß er „ein Anhänger der Idee der Volks-Herrschaft ist und selbst in der Zeit, da er noch zur Seite des gegenwärtigen Kaisers gehörte, stets gegen das Regime der Napoleon'schen Kreut-Genossen angeklumt habe: daß er eine Wiederkehr der alten, düsteren Zeit — mit ihren sich überlebt habenden Zuständen — im Don'schen Kosaken-Heer nicht zulassen werde und daß auf dem Gebiete der inneren Politik für ihn diejenigen Prinzipien maßgebend sein würden, von denen der Vorsteher des „Kreises“ gesprochen habe“. — Auch General Denikin, in seiner Eigenschaft als Ober der „Freiwilligen Armee“, gab dertselbst eine auf Selbstverwirklichung abzielende Erklärung ab, versäumte es aber nicht, wieder von dem „einigen, unteilbar-

ren“ Rußland so viel zu reden, daß jeder der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, ohne weiteres seine wahre Meinung und seine eigentlichen Absichten erkennt (seine reaktionären Gesinnung und die auf Wiederherstellung der vor-revolutionären Verhältnisse gerichtete Politik sind bekannt) und sich dem Eindruck nicht verschließen kann, daß im Don-Gebiet eine Bewegung angezettelt wird, die unter der Leitung der Wiederherstellung des „einigen Rußland“ im Grunde genommen nur die Wiederherstellung des „alten Rußland“ erstrebt. — Dafür spricht auch der Umstand, daß das Don'sche Kosaken-Heer durch Mehrheitsbeschluß seiner Vertreter veranlagt worden ist, General Denikin auch als seinen Oberbefehlshaber anzuerkennen, und dieser mit seinem Stabe aus Kefatorin nach Komotischersk bereits übergedreht zu sein scheint. — Wohin aber diese Bewegung führen muß, dafür spricht nachstehendes (freilich bolschewistisches) Radiotelegramm aus Rjefow vom 25. März: „Aus Lugansk wird mitgeteilt, daß in Nowow am Don am 12. und 13. März fünf blutige Straßenkämpfe zwischen den Anhängern Krasnow's und den Freiwilligen Denikin's abgelaufen haben. Diese Ereignisse kennzeichnen die Arbeiter, um einen „Sowden“ (Sowjet der Deputierten), also einen Arbeiter-Rat zu bilden. Der weitere Verlauf der Ereignisse ist unbekannt. Die Nachricht wird dadurch bestätigt, daß die telegraphische Verbindung zwischen Nowow, der Krım und Odeskja unterbrochen ist.“ Mit anderen Worten — der Bürgerkrieg im Don-Gebiet lebt von neuem auf! — Im Zusammenhang hiermit verdient auch ein früheres Telegramm aus Nowow, vom 11. März, Beachtung: „Hier ist wegen Unübersicht der Lage der Handel völlig ins Stocken geraten. Die hier stationierten Kosaken-Truppenteile sind, wie alle jungen Kosaken, bolschewistisch geimmnt und bereit, beim ersten Zusammenstreffen mit Sowjet-Truppen zu ihnen überzugehen. Die Nowower Zeitungen fördern in lebhafter Weise die Lage an der Front, ohne im großen ganzen die Erfolge der Sowjet-Truppen zu verheimlichen“.

Die politischen Grundlagen der Weisstaaten.

Von Professor A. Bauer in Magdod.

II. Frankreich.
(Schluß).

Infolge der Abhängigkeit des Ministertums von der Kammer ist es verständlich, daß auch in Frankreich die Parteizugehörigkeit bei der Ernennung von Beamten und Richtern eine große Rolle spielt. Ja, auch bei der Beförderung der Offiziere waren politische Einflüsse mitbestimmend. Die Minister sind eben Genossen, Deputierten, Senatoren und sonstigen einflussreichen Persönlichkeiten in den Departements-Gesellschaften zu erweisen, um sich eine geneigte Mehrheit zu erhalten. Die meisten Beamten, besonders die Präfekten und Unterpräfekten, können beliebig ein- und abgesetzt werden. Aber die Korruption, welche diese Venterpolitik nach amerikanischem Rezept im Gefolge hat, wollen wir wieder Absicht als Sachverhältnisse hören: „Die französische Verwaltung“, führt er aus, „leidet in allen ihren Zweigen und in allen ihren Dienststellen, von den niedrigsten bis zu den höchsten, unter tiefergehender Korruption infolge des Dringens der verhängnisvollen Idee, daß ein öffentliches Amt als Belohnung für persönliche oder Parteidienste vertan werden soll.“ — „Der Unterhändler droht noch mehr zu einer Gefahr für die Existenz der Regierung in Frankreich zu werden, als er es in Amerika geworden ist“.

Ein Beispiel für die verhängnisvolle Wirkung der Demokratisierung der Ämter ist die 1905 erfolgte Umgestaltung der alten Einrichtung der *Tribunaux de Commerce*, die früher von der Amtsverwaltung mit besonderer Rücksicht auf ihren Charakter bestimmt worden waren, während es jetzt genügt, Bürgermeister oder dessen Stellvertreter gewesen zu sein, um Anspruch auf dieses Amt zu haben. Da aber diese Leute auf dem Lande meist politische Agenten sind, welche oft kaum lesen und schreiben können und in der Führung ihrer Geschäfte auf den Dorfschulmeister angewiesen sind, so kann man sich vorstellen, welche Unordnung und Parteilichkeit die Folge dieser Demokratisierung war.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist in Frankreich sehr zurückgefallen, was ganz dem zentralistischen Verwaltungssystem mit seinem absolutistischen Einschlag entspricht. Die Gemeindeverwaltung ist nichts weiter als eine „abhängige Unterabteilung der Departements“.

Daß auch die französische Rechtsprechung wenig vertrauenswürdig ist, was ihre Unparteilichkeit anbelangt, das beweisen die Namen Dreyfus und Zola, auch zwei mit dem Krieg in Zusammenhang stehende Fälle: das grundlose Sittlichhalten der gerichtlichen Verhandlung in Sachen der Ermordung des Sozialistenführers Zaurès und der angebliche Selbstmord des ins Gefängnis geworfenen Direktors des „Bonnet Rouge“, Almeraya, der vertrittlicher Beziehungen zu Deutschland besichtigt wurde.

So kann mich leider nicht auf zwei sehr interessante Schriften einlassen, welche von ganz verschiedenem Standpunkt aus zu derselben vernichtenden Kritik des französischen Systems kommen. Es ist dies die Schrift des linksstehenden Sozialisten Delaif, der bei uns durch seine 1912 erschienene, den Ausbruch des Weltkriegs in prophetischer

Weise verbindende Schrift „Der kommende Krieg“ bekannt wurde und 1910 das interessante Schriftchen „La Démocratie et les Financiers“, („Die Demokratie und die Finanzleute“) herausgab, und ein zweites „Büchlein des Akademikers Jaquet, eines namhaften Gelehrten, das den bescheidenden Titel „Le Culte de l'Incompétence“ führt, auf deutsch etwa „Die Anbetung der Unzulänglichkeit“. Beide geben in der schärfsten Weise gegen die Demokratie vor, welche auf Grund von Entscheidungen von Wählern ohne Sach- und Personenkenntnis die Leitung des Staats in die Hände sachunzulänglicher, unzulänglichster Personen lege. Am meisten Interesse verdient der Nachweis, den Delaif führt, daß nur die Finanzleute ein Interesse an diesem System haben; er geht sogar soweit sie geradezu als Erfinder der Demokratie zu bezeichnen. Er nennt mit Namen die fünfundsünfzig Männer, die in Wahrheit Frankreich regieren, dadurch, daß sie unterchiedslos die Presse aller Parteien (auch das Organ von Zaurès) habe bedeutende Summen erhalten) durch Geld unterstützen und daß sie im Parlament sogenannte „Députés d'affaires“, d. h. „Geschäftsabgeordnete“, unterhalten, die als Anwälte, Ingenieure oder sonstige mit ihren Unternehmungen in Verbindung stehen und für ihre Tätigkeit im Parlament ein Jahresgehalt der 3000 Fr. Dänen erhalten, z. B. der Sozialist Mikrand, der noch vor kurzem Kriegsminister war und zur Brüderlichkeit Poincaré gehört, jährlich 300000 Fr. als Vertreter von Versicherungsgesellschaften verdient. Poincaré ist der Erwählte dieser Hochfinanz, welche die Presse und das Parlament am Gängelband führt. Zehnjährige Männer fassen nach Delaif allabendlich Beschluß darüber, was das französische Volk am nächsten Morgen wissen oder vielmehr nicht wissen soll.

Wenn wir nun ein zusammenfassendes Urteil über die französischen Verhältnisse fällen wollen, so ist zunächst zu sagen, daß Frankreich dem demokratischen Prinzip nicht bloß ein Übergewicht eingeräumt hat, wie die Vereinigten Staaten, sondern daß es verflücht hat, diesem Prinzip ein monarchisches Gegengewicht entgegenzusetzen und auch den aristokratischen Faktor, den es im Senat wirrlichlich beibehalten hat. In Frankreich ist damit die Demokratie in ihrer modernen Form der Vertretung zur Staatsform erhoben. Die französische Regierungsform ist ein Absolutismus der Kammer, hinter dem sich hinter dem Absolutismus der Partei die Herrschaft weniger Finanzmänner (also eine finanzielle Oligarchie oder Plutokratie) verhehlt. Frankreich ist weit davon entfernt, ein Land der Freiheit zu sein. Im wesentlichen zeigt gerade Frankreich, daß Demokratie und Freiheit im Gegensatz zueinander stehen können.

Aus dem deutschen Leben.

Tiflis.

Protokoll der 5. Sitzung des Zentral-Vorstandes vom 25. Febr. 1919.

Anwesend: Vorsitzender — Herr Tröster; Mitglieder: die Herren: Th. Summel, S. Dagele, S. Schar; Kandidaten: die Herren: G. Fried, G. Schaal, E. Weybom; Gäste: die Herren Koch, Goutl., und Baumelster, M., aus Alexanderpolis. Schriftführer: Herr Weybom.

Die Sitzung wird um 5 Uhr nachmittags eröffnet. Der Vorsitzende verliest:

1. Die Eingabe des Alexanderpöler Kommissars im Auftrage der Gemeinde vom 5. Febr. № 24 betrefis:

1) Rücksendung einzelner Kammern der „Kauf. Votr“, da dieselben verpsätet, des schlechten Verlehrs wegen, kein Interesse bieten.

2) Mitgliedsbeitrag von Abl. 3000. — der von der Delegierten-Versammlung zu hoch eingeschätzt wurde.

II. Die Eingabe des Jakobler Kommissars vom 10. Febr. № — gleichen Inhalts wie Eingabe I.

Es werden Mittel besprochen, die Einstellung der Zeitung regelmäßig zu gestalten.

Herr Fried findet den Grund, der Verpsätung wegen die Zeitung zurückzuschicken, nicht nachhaltig, glaubt aber, daß ein Antrag an Interesse vorliege.

Herr Tröster erklärt, daß von einem Zwang nicht die Rede sein kann, und verweist auf die Aufklärung in № 13 der „N. P.“ (Bericht über die 2. Sitzung des Z.-B.).

Nach längerem Meinungsaustausch werden folgende Beschlüsse gefaßt:

I. Es wird dem Vorsitzenden überlassen, beide Eingaben betrefis der Zeitung im Sinne der Besprechung zu beantworten.

II. Das Protokoll der Delegierten-Versammlung vom 14. — 17. Januar wird dadurch ergänzt, daß die Ortsgruppe Demachid, die in der Verteilung der Jahresheften des Z.-B. gänzlich fehlt, mit Abl. 500. — (etwas über 1%, %) zu Gunsten des Alexanderpöler Beitrags von R. 3000. — befreuet wird.

Die Sitzung wird um 9 1/2 Uhr abends geschlossen. (Unterzeichnet)

Herausgeber: Der Z.-B. des Verbandes der transk. Deutschen Bergantwortlich für die Reaktion: Das Reaktionskomitee.